

Vertrages, die völlige Durchführung des Potsdamer Abkommens gerichtet waren. Die Deutsche Demokratische Republik suchte alle Chancen zu nutzen, die zu dieser Zeit noch bestanden, um über die Bildung gesamtdeutscher Organe die nationale Einheit herzustellen. Sie wurde dabei von der Sowjetunion allseitig unterstützt.

Die in Westdeutschland wieder herrschenden imperialistischen Kräfte, stellten diesen Bemühungen ihre auf die Eroberung des verlorenen Herrschaftsbereiches, auf die Vorbereitung neuer aggressiver Abenteuer gerichtete Politik entgegen. Es war das erste Anliegen der neugebildeten westdeutschen Regierung, die Wiederaufrüstung zu betreiben und die unheilvollen Traditionen des deutschen Militarismus wieder aufzunehmen. Mit dem Abschluß der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954 wurde die Spaltung Deutschlands weiter vertieft. Diese Verträge gliederten Westdeutschland für unbegrenzte Zeit in den aggressiven NATO-Pakt ein und legten für unbegrenzte Zeit die Besetzung Westdeutschlands durch die Truppen der Westmächte fest. Die Pariser Verträge enthalten die Verpflichtung, eine Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat nicht zuzulassen. Ausdrücklich verzichtete die westdeutsche Regierung auf das Recht, in Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen tätig zu werden oder Verhandlungen hierüber zu führen. Sie bekräftigte mit ihrer Unterschrift, daß eine Wiedervereinigung nur im Rahmen der Eingliederung ganz Deutschlands in das imperialistische Paktsystem möglich sein soll. Die westdeutsche Bundesrepublik hat seitdem durch die immer engere Bindung Westdeutschlands an die USA, durch die forcierte Revanche- und Aggressionspolitik, durch ihr unverhülltes Streben nach der Vormachtstellung in Europa, nach Unterwerfung der Deutschen Demokratischen Republik und der Gebiete anderer sozialistischer Länder den Graben zwischen den beiden deutschen Staaten ständig vertieft. Durch die Vorbereitung der Notstandsdictatur wurden weitere Hindernisse geschaffen, die einer Annäherung der beiden deutschen Staaten im Wege stehen. Diese Politik widerspricht den Lebensinteressen der Nation, wie in der Präambel der Verfassung ausdrücklich festgestellt wird.

3. *Den Lebensinteressen der Nation entspricht es, daß ihre Geschichte im Zeitalter des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Welt durch die Verwirklichung der historischen Mission der deutschen Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten anderen werktätigen und demokratischen Kräfte bestimmt wird.* Nur die Arbeiter-